



[www.laender-analysen.de/ukraine](http://www.laender-analysen.de/ukraine)

## REFORMEN BEZIEHUNGEN ZU BELARUS

■ ANALYSE	
Der Turbomodus der ukrainischen Regierung: Reformen im vierten Quartal 2019 Von Ksenija Alekankina (Vox Ukraine, Kiew)	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Index of Monitoring Reforms, 2015–2019	5
■ ANALYSE	
Die belarussisch-ukrainischen Beziehungen: Strategische Partnerschaft entgegen der geopolitischen Ausrichtung Von Dzianis Melyantsov (Programmkoordinator »Belarussische Außenpolitik« des Rates für internationale Beziehungen »Minsker Dialog«, Minsk)	6
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Index der Beziehungen von Belarus mit der Ukraine	10
Außenhandel mit Belarus 2006–2019	11
Einstellung der Ukrainer gegenüber internationalen Staatsechfs	13
■ CHRONIK	
25. Januar – 7. Februar 2020	14

## Der Turbomodus der ukrainischen Regierung: Reformen im vierten Quartal 2019

Von Ksenija Alekankina (Vox Ukraine, Kiew)

### Zusammenfassung

Der neue Präsident Wolodymyr Selenskyj und die neue Regierung von Ministerpräsident Olexij Hontschakur versprachen eine ambitionierte Reformagenda, um die Ukraine in kürzester Zeit zu modernisieren. Eine Analyse der Reformen im vierten Quartal 2019 zeigt: In der Tat hat sich das Reformtempo deutlich erhöht und der sog. »Turbomodus« zeigt erste Erfolge. Allerdings gehen nicht alle Reformen in die richtige Richtung, wie die folgende Analyse zeigt.

Die neugewählte Werchowna Rada und die Regierung konnten das Tempo der Reformen in der Ukraine mehr als verdoppeln – von +0,42 iMoRe-Punkten im dritten Quartal 2019 auf +1,08 Punkte im vierten Quartal (siehe Grafik 1). [Der Index misst die Verabschiedung von Gesetzesreformen in verschiedenen Bereichen und erstellt daraus alle zwei Wochen bzw. einmal im Quartal einen Index, der zwischen -5,0 und +5,0 liegt, wobei ein Wert von 2,0 laut den Autoren als zufriedenstellendes Reformtempo gilt, Anm. d. Red.]

Dieser sogenannte Turbomodus ist ein gebräuchlicher Ausdruck für die rasche Verabschiedung von Gesetzen im ukrainischen Parlament geworden (häufig unter Verletzung der vorgesehenen Regularien). Die Geschwindigkeit trug Früchte – im vierten Quartal fiel der iMoRe-Index nicht unter 0,7 Punkte und erreichte als höchsten Wert 1,7 Punkte. Diesen Wert hatte er zum letzten Mal 2015 erreicht, wobei dieser oder ein höherer Wert insgesamt nur vier Mal erreicht wurden.

Im vierten Quartal 2019 werteten die iMoRe-Experten 71 Reformen aus und ermittelten dabei einen Durchschnittswert von 1,1 Punkten. Die meisten Reformen betreffen wirtschaftliche Rahmenbedingungen und öffentliche Finanzen. Die wenigsten Reformen gab es im Energiesektor, der Regierungssektor fing sich zwei Gegenreformen ein und war damit der umstrittenste.

Die meisten Reformen initiierte die Werchowna Rada: 55 neue Gesetze. Das Ministerkabinett brachte zehn Verordnungen auf den Weg, die ukrainische Nationalbank sechs. Drei Gegenreformen gab es in diesem Zeitraum.

### Dies waren die wichtigsten Ereignisse im vierten Quartal 2019:

- Das sog. Aufteilungsgesetz (iMoRe Nr. 120) erhöht die Regulierung von Finanzunternehmen, die keine Banken sind, und führt allgemeine Regeln zur Kontrolle sämtlicher Unternehmen des Finanzsektors ein. Es ersetzt die Nationale Kommission zur Regulierung von Finanzdienstleistungen. Diese hatte zuvor

Versicherungen und Leasingunternehmen, Kreditgenossenschaften und Kreditbüros, Leihhäuser, private Pensionsfonds und Immobilienfonds beaufsichtigt; ihre bisherigen Befugnisse wurden aufgeteilt [daher der Name] – zwischen der Nationalbank der Ukraine und der Nationalen Kommission für Wertpapiere und die Börse. Dieses Gesetz wurde mit +3,0 Punkten bewertet.

- Ein Investitionsförderungsgesetz soll die Ukraine für Investoren interessanter machen und wird das Land im Doing-Business-Ranking voraussichtlich um 15 Punkte nach oben rücken lassen. Es schafft ein neues Instrument zur Treuhandverwaltung und schafft eine Abgabe ab, die Baufirmen bisher im Gegenzug für ihre Tätigkeiten an lokale Haushalte zu zahlen hatten. Außerdem führt es Entschädigungen für Minderheitsaktionäre ein (iMoRe Nr. 119). Das Gesetz bekam von den iMoRe-Experten +4,1 Punkte.
- Das Gesetz zum Einsatz elektronischer Kassensysteme und Rechnungen in Handel, Gastronomie und Dienstleistungssektor (iMoRe Nr. 120): Nach der bisherigen Gesetzgebung war eine Reihe von Geräten zur Registrierung von Barzahlungen zugelassen. Auf diesen können die Unternehmen nun eine Kasensoftware (die bei der Aufsichtsbehörde frei erhältlich sein soll) verwenden und ihren Kunden elektronische statt Papierrechnungen ausstellen. Außerdem verschärft das Gesetz die Sanktionen, die auf Verletzungen der Vorschriften zur Rechnungsstellung stehen. Nach Einschätzung der iMoRe-Experten wird es sich positiv auf die Effektivität des Steuersystems auswirken. Es bekam +2,5 Punkte.

### Gegenreformen

Drei Gesetze des vierten Quartals bewerteten die iMoRe-Experten negativ.

1. Das Gesetz über den rechtlichen Status der Nationalen Kommission zur Regulierung von Energie- und anderen Versorgungsleistungen (NERC) erhielt -1,8

Punkte, da es die Transparenz und Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde einschränkt.

2. Das Gesetz zur Aufhebung der Abgeordnetenimmunität erhielt -1,0 Punkte. Es sollte die Strafverfolgung von Parlamentsabgeordneten erleichtern, versetzte diese jedoch stattdessen in eine Abhängigkeit vom Generalstaatsanwalt, der wiederum vom Präsident kontrolliert wird. Insofern gefährdet das Gesetz die Unabhängigkeit der Parlamentarier, ohne ein klares Verfahren für die Verfolgung von ihnen begangener Straftaten zu etablieren.
3. Vorbehalte äußerten die iMoRe-Experten auch gegenüber einem neu verabschiedeten Gesetz, das es Mitarbeitern von Abgeordneten erlaubt, parallel zu ihrer Tätigkeit in anderen Anstellungen oder als Unternehmer tätig zu sein. Die Befugnisse der Mitarbeiter von Abgeordneten sind weitreichend – sie haben uneingeschränkten Zugang zum Parlamentsgelände, zu anderen staatlichen Einrichtungen und sogar zu staatseigenen Unternehmen. Ein Parlamentarier kann bis zu fünf bezahlte und bis zu 30 ehrenamtliche Mitarbeiter haben. Das größte Risiko ist dabei, dass diese Rechte für lobbyistische Zwecke missbraucht werden können. Über ein geeignetes Gesetz zum Lobbyismus wurde mehr als ein Jahrzehnt ergebnislos diskutiert. Das Gesetz bekam -1,0 Punkte.

Über zwei Gesetze sind die Experten geteilter Meinung. Diese erhalten 0,0 Punkte, das entspricht dem Durchschnitt der individuell erteilten Noten. Beide Gesetze erhielten sowohl positive wie auch negative Noten.

- Das Gesetz zur Entschädigung von Käufern, die Verletzungen der Vorschriften zur Rechnungsstellung anzeigen (in Form von Rückerstattung) (iMoRe 120), wurde mit Blick auf zwei Bereiche bewertet – wirtschaftliche Rahmenbedingungen (-2,0 Punkte) und öffentliche Finanzen (+2,0 Punkte). Das Gesamtergebnis liegt entsprechend bei 0,0 Punkten. Einerseits vergrößert das Gesetz den Kreis der Privatunternehmer, die elektronische Kassensysteme verwenden müssen, und provozierte Proteste von kleineren Unternehmen, die seine Abschaffung fordern. Andererseits verbreitert es die Besteuerungsgrundlage und damit die Möglichkeiten der Regierung, die Steuereinnahmen zu erhöhen.
- Das Gesetz über einen »Neustart« der Staatlichen Ermittlungsbehörde wurde von den Experten mit -2,0 bis +2,0 Punkten bewertet. Einerseits löst es das Problem der »Maidan-Ermittlungen«, die nun nicht länger bei der Generalstaatsanwaltschaft liegen – diese Fälle hat nun die Staatliche Ermittlungsbehörde übernommen und Ermittler für ihre Bearbeitung eingestellt. Andererseits untergräbt das Gesetz die Unabhängigkeit der Ermittlungsbehörde,

indem es diese de facto dem Präsidenten unterstellt und damit hochgradig politisiert. Angesichts der weitreichenden Machtbefugnisse besteht die Gefahr des Missbrauchs dieser Behörde zum Einsatz gegen politische Gegner.

### Weitere wichtige Reformen

Bedeutende Fortschritte wurden bezüglich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erzielt. In diesem Bereich gab es in den letzten drei Monaten 2019 25 wichtige Änderungen. Sie betreffen hauptsächlich drei Bereiche:

1. Harmonisierung der ukrainischen Gesetzgebung mit EU-Gesetzen,
2. Vereinfachung von Wirtschaftsvorschriften, besserer Schutz von Unternehmen gegen Raub und andere ungesetzliche Aktivitäten sowie Untätigkeit der Ordnungsbehörden und
3. verlässlicheres Vorgehen im Fall von Verstößen gegen Gesetze und Vorschriften.

Seit Oktober 2019 steht es den ukrainischen Unternehmen frei, nationale Standards zu verwenden oder nicht (iMoRe 119). Zuvor war deren Einhaltung verpflichtend – ein Relikt aus der Sowjetzeit. Die EU setzt auf eine freiwillige Einhaltung der Standardisierung, mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens hat sich auch die Ukraine zu diesem Ansatz verpflichtet; das war eine der Bedingungen für ihren Beitritt zum Assoziierungsabkommen sowie für die sogenannte Industrie-Visafreiheit.

Die Ukraine strebt vereinfachte Zollverfahren für vertrauenswürdige Unternehmen an. Diese können den Status eines »Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten« (iMoRe 121) erhalten und die Grenze in diesem Fall in einem beschleunigten Verfahren passieren. Konkret heißt das, dass die entsprechenden Unternehmen während der Erledigung von Zollformalitäten die Warteschlange überholen, eigene Fahrspuren nutzen und Güter für den Grenzübertritt selbst versiegeln können sowie anderes mehr. Eine weitere den Zoll betreffende Regelung, das Gesetz 202-IX, schützt einerseits geistige Eigentumsrechte bei der Güterein- oder Ausfuhr und definiert und genehmigt andererseits sogenannte Parallelimporte (iMoRe 122): Um Produkte legal in die Ukraine einführen zu können, muss man nicht deren offizieller Händler oder Hersteller sein, solange sie von einem Unternehmen produziert wurden, das über die geistigen Eigentumsrechte verfügt oder eine entsprechende Genehmigung der ursprünglichen Produzenten erhalten hat.

Ein weiteres Gesetz erleichtert die Arbeit der Wirtschaftsprüfer (iMoRe 121). Es ermöglicht die Überweisung sämtlicher Steuern und Gebühren außer der Mehrwert- und der Verbrauchssteuern auf ein einziges Konto.

Deutliche positive Veränderungen wurden im Bereich der Staatsfinanzen festgestellt. 18 neue Bestimmungen verbessern die soziale Sicherheit und die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Ansprüchen auf Sozialleistungen vor deren Auszahlung, die Verwaltung der Staatsschulden und die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Das Problem der Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Sozialleistungen vor deren Auszahlung ist in der Ukraine relativ akut. So ermittelte etwa der Arbeits- und Sozialminister, dass im Januar 2019 mehr als 32 Millionen Ukrainische Hrywnja und damit 3,5 Prozent der staatlichen Sozialleistungen an Personen gezahlt wurden, die in ihren Anträgen falsche Angaben gemacht hatten. Verfahren und Abläufe dieser Überprüfung wurden in einem eigenen Gesetz festgelegt (iMoRe 124), mit dessen Umsetzung die Regierung im Dezember 2019 den Ende 2018 ins Leben gerufenen Staatlichen Sozialdienst beauftragte. Er soll seine Arbeit in diesem Jahr aufnehmen und die Rechtmäßigkeit von Sozialleistungen verifizieren sowie ihre Auszahlung kontrollieren. Zuvor hatten die lokalen Sozialbehörden die Kontrollen selbst durchgeführt, was zu einem offensichtlichen Interessenskonflikt geführt und Anreize geschaffen hatte, mögliche Verstöße zu übersehen. Gleichzeitig wird die Regierung weiterhin Subventionen monetarisieren – die entsprechenden Regularien sind Teil des Staatshaushalts für 2020. Um das Schuldenmanagement der Regierung zu verbessern, gründete das Ministerkabinett ein eigenes Organ – die Schuldenmanagement-Stelle. Hier sind künftig Managementfunktionen sowie die bislang beim Finanzministerium angesiedelte Anleiheausgabe angesiedelt.

Im vergangenen Herbst wurde auch das Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge verbessert. Das Gesetz 114 IX (iMoRe 120) führt die persönliche Verantwortung für Verstöße gegen das Vergabegesetz ein – ein neue und effektive Anti-Dumpingmaßnahme – und verbessert die Abläufe von Widerspruchsverfahren. Dieses Gesetz stellt einen Schritt in Richtung einer Angleichung der öffentlichen Auftragsvergabe in der Ukraine an internationale Standards dar. Außerdem hat die Regierung den Einsatz des elektronischen Verkaufssystems ProZorro.Sale zum Verkauf von Immobilien von Schuldneren beschlossen (iMoRe 119). Diese Entscheidung macht den Weg für die Umsetzung des im Sommer 2019 verabschiedeten neuen Insolvenzrechts frei.

Außerdem sind im vierten Quartal 2019 auch 20 wichtige Veränderungen in Bezug auf die Regierung zu verzeichnen. Sie betreffen die Bereiche Korruptionsbekämpfung, staatliches Immobilienmanagement, Dezentralisierung, Auswahl der Staatsbediensteten und Arbeit der Direktorate.

Das Nationale Antikorruptionsbüro und die Staatliche Ermittlungsbehörde können Verdächtige nun ohne

Zustimmung des ukrainischen Geheimdiensts SBU und ohne gerichtliche Genehmigung abhören (iMoRe 120). Dies hatten zivilgesellschaftliche Antikorruptions-NGOs und internationale Partner der Ukraine seit Jahren gefordert. Denn es verringert die Wahrscheinlichkeit von Informationslecks im Zuge von Antikorruptionsermittlungen und Ermittlungen wegen von hochrangigen Offiziellen begangenen Verbrechen beträchtlich, wenn SBU und Gerichte aus den Ermittlungen herausgehalten werden.

Obwohl bereits 2015 gegründet, funktionierte die Nationale Agentur zur Korruptionsprävention bislang nicht richtig. Dies lag u. a. an ihrer Organisationsstruktur – zur Beschlussfassung war ein Konsens aller fünf Mitglieder nötig. Das neue Gesetz überträgt die Entscheidungsbefugnis nun dem Direktor der Agentur allein; dieser wird in einem offenen Wettbewerb unter Beteiligung internationaler Experten gewählt (iMoRe 120). Die Agentur zur Korruptionsprävention ist unter anderem für die Überprüfung der von ukrainischen Beamten erstellten elektronischen Vermögensdeklarationen zuständig.

Die neue Regierung ist entschlossen, das Staatsvermögen effizienter zu managen (iMoRe 120). Gelingen soll dies vor allem über Privatisierungen und Konzessionen. Im vierten Quartal 2019 hat das Parlament Gesetze verabschiedet, die beide Vorgänge erheblich vereinfachen. Das Gesetz zur Privatisierung schafft die Liste jener Objekte ab, deren Privatisierung bislang untersagt war (wobei die Privatisierung von strategischen Objekten wie Waffenproduktionsfirmen, Kernkraftwerken, Gastransitsystemen oder Schienennetzen durch andere Gesetze nach wie vor verboten ist). Das neue Konzessionsgesetz stellt bereits den dritten Versuch dar, Konzessionen in der Ukraine zu vergeben. Seine beiden Vorläufersetze (von 1999 und 2018) funktionierten nicht. Nachdem jüngst für zwei Häfen Konzessionen erteilt wurden, könnte sich dieser dritte Anlauf als erfolgreicher erweisen.

Der Dezentralisierungsprozess nähert sich seiner Abschlussphase (iMoRe 124), die die zwangsweise Zusammenlegung von Gemeinden vorsieht, die sich in den letzten fünf Jahren nicht freiwillig zusammengeschlossen haben. Zur Vereinfachung der Verfahren werden Oblaste, die eine Zusammenlegung mehrfach blockiert haben, aus den entsprechenden Verfahren ausgeschlossen – die Verantwortung für diese Verfahren liegt nun komplett bei der Exekutive.

Last but not least ist da noch die Reform des öffentlichen Dienstes. Das Ministerkabinett hat für sämtliche ukrainischen Ministerien die Gründung von Direktoren beschlossene, die mit jeweils spezifischen Politikentwicklungsprojekten beauftragt werden (iMoRe 124). Seit 2017 wurden bereits in zehn Pilotministerien Direk-

torate geschaffen (für Politikentwicklung zuständige Einheiten zur Unterstützung der strategischen Ziele der Regierung) – ihre Erfahrungen sind durchaus vielversprechend. Um mehr Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen für staatliche Stellen zu gewinnen, hat das Ministerkabinett die Bewerbungsverfahren für Beamtenstellen vereinfacht (iMoRe 123).

Im vierten Quartal 2019 verabschiedeten das neue Parlament und die neue Regierung zahlreiche Reformgesetze. Es gab zwar auch einige Gegenreformen – die Mehrheit der verabschiedeten Gesetze wurde von den iMoRe-Experten jedoch positiv bewertet.

*Übersetzung aus dem Englischen von Sophie Hellgardt*

Der Artikel erschien am 29. Januar 2020 auf VoxUkraine, <https://voxukraine.org/en/turbo-mode-of-the-ukrainian-government-reforms-in-the-4th-quarter-of-2019/>. Wir danken der Redaktion von VoxUkraine und der Autorin für die Genehmigung zum Nachdruck.

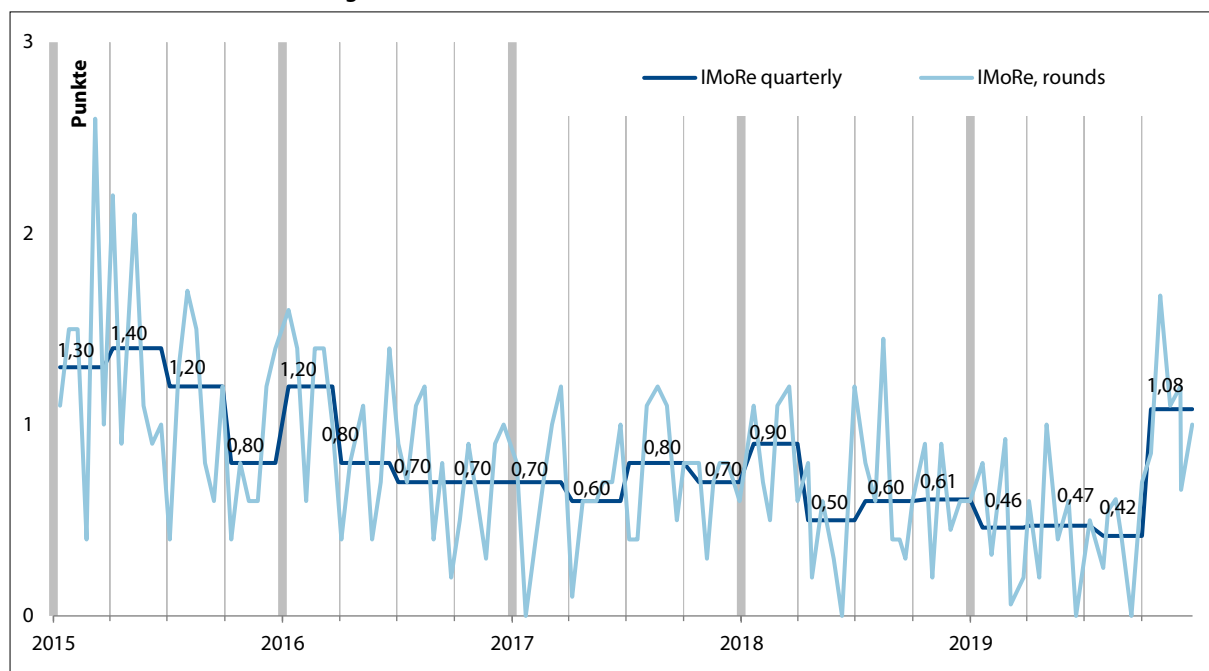
*Über die Autorin*

Ksenija Alekankina ist Analytistin bei VoxUkraine.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

### Index of Monitoring Reforms, 2015–2019

Grafik 1: Index of Monitoring Reforms (iMoRe), 2015–2019



iMoRe wird auf einer Skala von -5 bis +5 gemessen; ein Wert über +2 wird als akzeptables Reformtempo gewertet

Quelle: VoxUkraine, 29.01.2020, <https://voxukraine.org/en/turbo-mode-of-the-ukrainian-government-reforms-in-the-4th-quarter-of-2019/>



## Die belarussisch-ukrainischen Beziehungen: Strategische Partnerschaft entgegen der geopolitischen Ausrichtung

Von Dzianis Melyantsou (Programmkordinator »Belarussische Außenpolitik« des Rates für internationale Beziehungen »Minsker Dialog«, Minsk)

### Zusammenfassung

Ungeachtet der unterschiedlichen außenpolitischen Orientierung und der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Systeme sind Belarus und die Ukraine strategische Partner und unterhalten in vielen Bereichen enge Beziehungen. Die Unterstützung durch Minsk bei der Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine sowie die ausbleibende belarussische Anerkennung der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland haben der Vertiefung der Beziehungen zusätzliche Impulse verliehen. Daneben bestehen sowohl äußere wie innere Probleme, die für die Zusammenarbeit der beiden Länder Einschränkungen bedeuten, etwa kartellrechtliche Ermittlungen und der Umstand, dass der Kreml kein Interesse an einer engeren Zusammenarbeit zwischen

Minsk und Kiew hat.

### Allgemeine Merkmale der Beziehungen

Vergleicht man die Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine mit denen zu anderen Ländern, so lassen sie sich als in höchstem Maße politisch neutral und entideologisiert bezeichnen. Hatte es in den Beziehungen zu Litauen, Polen oder Russland Phasen (mitunter heftiger) politischer Krisen gegeben, so stellt das belarussische Verhältnis zur Ukraine seit dem Zerfall der UdSSR ein Muster an Ruhe und Gleichmaß dar, auch wenn die ökonomische Seite der Zusammenarbeit nicht immer von Erfolg gekennzeichnet war. Die ab Mitte der 1990er Jahre üblichen Probleme bilateraler Beziehungen – Ratifizierung eines Grenzabkommens und Tilgung von Schulden – hatten sich nie zu heftigen Konflikten entwickelt und waren 2013 gütlich gelöst worden. Die politischen Herausforderungen durch die beiden ukrainischen Revolutionen von 2004 und 2014 sowie den anschließenden ukrainisch-russischen Krieg haben nicht zu einer Zuspitzung der bilateralen Beziehungen geführt. Es war im Gegenteil eher so, dass das Interesse an der Zusammenarbeit unter dem Einfluss der äußeren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung erheblich zunahm.

Es hat zwar in den belarussischen staatlichen Medien eine Reihe von Wellen negativer Berichterstattung über den ersten und zweiten Maidan gegeben, doch kam es zu keiner ernstlichen Zuspitzung der Lage. Das Image der Ukraine in den belarussischen Medien ist insgesamt neutral, auch wenn das Regime in Belarus gern die Armut und das politische Chaos in der Ukraine betont. Das steht im Kontrast zur Repräsentation von insbesondere Polen und Russland – das Bild, das von diesen Ländern gezeichnet wird, ist oft emotional überfrachtet.

Was die wirtschaftliche Dimension anbelangt, so ist die Ukraine für Belarus ein äußerst wichtiger Handelspartner. 2018 lag sie von allen belarussischen Han-

delspartnern beim Export und beim Handelsvolumen an erster Stelle und beim Import an vierter.

Den größten Teil der belarussischen Exporte in die Ukraine machen Ölprodukte, verflüssigtes Gas und Bitumen aus. Andere Komponenten der belarussischen Exporte sind Mineraldünger, Traktoren und Sattel-schlepper sowie Reifen. Die wichtigsten Importgüter aus der Ukraine sind Abfallprodukte aus der Gewinnung von Pflanzenöl, metallurgische Erzeugnisse sowie pflanzliche Öle und Medikamente.

Gegenwärtig gibt es in der Ukraine neun Montage-werke für belarussische Technik (u. a. zwei Werke für Traktoren, Mährescher, Fahrstuhltechnik, Trolleybusse – »Minsker Autowerke« (MAS) und »Belkom-munmasch« –, technische Komponenten der MAS, Tor-anlagen, Stromzähler).

### Auswirkungen der Krise in der Ukraine auf die Beziehungen zu Belarus 2014–2016

Seit dem Frühjahr 2014 nahm das Thema Ukraine einen der zentralen Plätze der belarussischen Außen-politik ein, und zwar sowohl auf rhetorischer Ebene wie auch hinsichtlich konkreter Schritte. Im März und April 2014 formulierte Präsident Lukaschenka grundlegende Ansätze für eine Bewertung der Lage der Ukraine:

1. Der Maidan sei von einem »Zerfall der Wirtschaft, der wildwuchernden Korruption, dem Zerfall der Staatsmacht und dem fehlenden Vertrauen der Menschen« inspiriert worden;
2. Belarus trete für die territoriale Unversehrtheit der Ukraine ein;
3. Die Annexion der Krim sei ein »gefährlicher Präze-denzfall«; die Krim sei de facto bereits ein Teil Russ-lands, de jure jedoch nicht;
4. Anerkennung der Rechtmäßigkeit der neuen ukrai-nischen Regierung;

5. Das Territorium von Belarus werde niemals für einen Überfall auf die Ukraine genutzt werden. Ungeachtet der positiven Signale von Seiten Aljaksandr Lukaschankas wahrte die postrevolutionäre Regierung der Ukraine nach der Flucht von Janukowytsch zwei Monate lang eine vorsichtige Zurückhaltung gegenüber Belarus. Diese Haltung wurde vielfach mit dem Unwillen der belarussischen Regierung erklärt, das Vorgehen Russlands auf der Krim zu verurteilen, mit dem belarussischen Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen gegen eine Resolution über die territoriale Unversehrtheit der Ukraine, mit Informationen, dass russische Kampfflugzeuge vom Typ SU-27 in Belarus eingetroffen seien, und allgemein mit der widersprüchlichen Politik von Minsk, das über eine strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation verbunden ist.

Bewegung in die bilateralen Beziehungen kam am 29. März 2014, als der geschäftsführende Präsident der Ukraine, Oleksandr Turtschynow, zu einem unerwarteten Besuch in Belarus eintraf. Die dreistündigen Unterredungen mit Lukaschenka führten zu einem Abbau der Spannungen zwischen den Führungen der beiden Länder.

Belarus erkannte als einer der ersten Staaten die ukrainischen Präsidentschaftswahlen vom Mai 2014 als legitim an. Am 7. Juni nahm Lukaschenka an den Feiern zur Amtseinführung von Petro Poroschenko teil.

Belarus trat systematisch – in der Regel gemeinsam mit Kasachstan – den Versuchen des Kreml entgegen, im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) Maßnahmen gegen die Ukraine zu ergreifen. So blockierte Belarus am 23. Juni 2014 im Rat der Eurasischen Wirtschaftskommission die Einführung von Importzöllen auf ukrainische Waren.

Gleichzeitig startete Belarus eine Reihe öffentlicher und nichtöffentlicher Vermittlungsinitiativen zur Lösung der Krise in der Ukraine. Der damalige ukrainische Verteidigungsminister Mychajlo Kowal verkündete, dass Belarus der Ukraine beim Abtransport ukrainischer Militärtechnik von der durch Russland besetzten Halbinsel Krim helfen werde. Die Abmachungen zwischen Moskau und Kiew waren nicht ohne Vermittlung von Minsk zustande gekommen.

Als Ergebnis der Aktivitäten von Präsident Lukaschenka gab es die Bitte Kiews, 2014 in Minsk eine trilaterale Kontaktgruppe zur Regulierung der Situation im Donbas zusammenzurufen. Teilnehmer waren Leonid Kutschma für die Ukraine, Michail Surabow für Russland sowie Vertreter der OSZE.

Der belarussische Präsident initiierte Konsultationen einer eurasischen Troika mit der Ukraine, wobei auch Vertreter der Europäischen Union teilnahmen. Dadurch wollte Lukaschenka Minsk den Status einer ständigen Verhandlungsplattform sichern. Das trilate-

rale Gipfeltreffen fand am 26. August 2014 in Minsk unter der Teilnahme von vier Staatspräsidenten statt: Aljaksandr Lukaschenka, Nursultan Nasarbajew, Wladimir Putin und Petro Poroschenko. Zugegen waren auch Unterhändler der EU, nämlich die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, sowie die EU-Kommissare Günther Oettinger und Karel de Gucht. Formal war das Gipfeltreffen dem Aufbau der Beziehungen zwischen der EAWG und der Ukraine gewidmet, nachdem letztere das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet hatte. Auch sollte die Regulierung des Konfliktes im Donbas Thema sein. Belarus strich seine politische Dividende ein: Auf dem Gipfeltreffen wurde beschlossen, Minsk zum ständigen Verhandlungsort der trilateralen Kontaktgruppe zur Ukraine zu machen, wodurch die belarussische Hauptstadt zu einem der wichtigsten Verhandlungsorte für die Regulierung des Konfliktes in der Ukraine wurde. Hier wurden Abkommen unterzeichnet, die zu einer Feuerpause im Donbas führten.

Für die belarussische Führung waren die Verhandlungen vom 11. und 12. Februar 2015 im sogenannten Normandie-Format (Petro Poroschenko, Wladimir Putin, Angela Merkel und François Hollande) das wichtigste Ereignis des Minsker Prozesses. Damals kamen die führenden Staatsmänner und -frauen Europas nach Belarus und hatten persönliche Unterredungen mit Lukaschenka. Die Teilnehmer der Verhandlungen brachten gegenüber der belarussischen Seite ihre Dankbarkeit für das hohe organisatorische Niveau des Treffens zum Ausdruck. Im Rahmen der Unterredungen kam es zu einem persönlichen Treffen von Aljaksandr Lukaschenka und Petro Poroschenko, der in Stellungnahmen vor den Medien hervorhob, dass es »zwischen der Ukraine und Belarus keinerlei bilaterale Probleme gibt«.

Im Frühjahr 2015 erschienen Medienberichte über eine zunehmende militärische Zusammenarbeit zwischen Belarus und der Ukraine. Insbesondere wurde erwähnt, dass Belarus bei der Nachrüstung der ukrainischen Armee Unterstützung leiste. Hervorgehoben wurde, dass im Kampfgebiet beschädigte Hubschrauber vom Typ Mi-24 der ukrainischen Streitkräfte im Luftfahrtausbesserungswerk Orscha instandgesetzt würden.

Ungeachtet der insgesamt positiven Entwicklung der Beziehungen, gab es allerdings auch problematische Aspekte. So stellte im Laufe des Jahres 2015 die Einrichtung eines russischen Luftwaffenstützpunktes in Belarus eines der gravierendsten Probleme dar. Die Verhandlungen über den Stützpunkt führten zu einer massiven negativen Reaktion in den ukrainischen Medien und sozialen Netzwerken. Die Befürchtungen gingen dahin, dass das Hoheitsgebiet von Belarus für Angriffe der russischen Luftwaffe auf die Ukraine genutzt wer-

den könnte. Die kategorische Weigerung von Minsk, den Luftwaffenstützpunkt auf seinem Gebiet einzurichten, wurde von der ukrainischen Seite positiv aufgenommen, sodass dieses problematische Kapitel abgeschlossen werden konnte.

2016 war der Arbeitsbesuch des belarussischen Außenministers Uladsimir Makej im August nach Kiew das wichtigste diplomatische Ereignis in den bilateralen Beziehungen. Im Laufe seiner Unterredungen mit Präsident Poroschenko, Außenminister Klimkin und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Subko wurden Fragen der Ausstattung der Grenzanlagen, einer wachsenden Zusammenarbeit beim Anlagenbau, in der Energiewirtschaft, in der Landwirtschaft und im Transportwesen erörtert, wie auch die Zusammenarbeit im militärischen und kulturellen Bereich. Nach dem Dialog erklärte Makej, dass es zwischen Belarus und der Ukraine »keine unlösbaren Probleme« gebe und »zwischen den beiden Staaten eine ausgereifte Partnerschaft besteht« (<https://ej.by/news/politics/2016/08/26/makej-zayavil-o-zrelom-partnerstve-mezhdu-belarusyu-i-ukrainoy.html>). Makej dankte dem ukrainischen Präsidenten für seine Unterstützung bei der Herstellung eines Dialogs zwischen Belarus und der EU und den USA.

### Das Konfliktpotenzial von 2017 und die anschließende Verbesserung der Beziehungen

2017 gab es Anzeichen, dass sich der politische Dialog zwischen Belarus und der Ukraine verstärken würde. Zum einen fiel Anfang 2017 in Kiew die Entscheidung über einen ukrainischen Botschafter in Belarus. Der Posten war seit 2015 vakant gewesen. Dann führte ein verstärkter Dialog zwischen den Staatshäuptern zur Wiederherstellung eines vollwertigen diplomatischen Kanals. Im April 2017 kam Petro Poroschenko zu einem Arbeitsbesuch nach Belarus. Auf der offiziellen Tagesordnung standen Handels- und Wirtschaftsfragen. Inoffiziell, hinter verschlossenen Türen ging es um Sicherheitsfragen. Konstruktive Vereinbarungen (Gründung neuer Joint Ventures in der Industrie, dem petrochemischen Komplex, der Landwirtschaft und dem Transportwesen) machten im Juli einen offiziellen Besuch Lukaschenkas in der Ukraine möglich. Im November trafen sich die Präsidenten ein drittes Mal.

Im Laufe des Jahres 2017 sorgten Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem strategischen Manöver »Sapad-2017« (»Westen 2017«), das gemeinsam mit Russland auf belarussischem Gebiet abgehalten wurde, für Besorgnis in Kiew. Mitunter wurden die Zweifel der ukrainischen Seite über die »Harmlosigkeit« des Manövers derart stark artikuliert, dass der belarussische Präsident sich genötigt sah, bei Unterredungen mit seinem ukrainischen Amtskollegen auf mehrstündige Erläuterungen zurückzugreifen. Auch die Maßnahmen für eine

Beobachtung halfen nicht besonders weiter: Bei den ukrainischen Beobachtern blieben Zweifel hinsichtlich einer möglichen Nutzung der Manöver als Deckmantel für einen Angriff russischer Streitkräfte auf die Ukraine aus nördlicher Richtung. Und selbst nach Abschluss des Manövers noch erklärte der Chef des ukrainischen Generalstabes, Wiktor Muschenko, dass Russland seine Streitkräfte nicht von belarussischem Gebiet abgezogen habe und sie irgendwo verstecke (<https://gordonua.com/news/worldnews/muzhenko-zayavil-chto-posleucheniy-zapad-2017-v-belarusi-ostalis-rossiyskie-voyska-201730.html>).

Auch die Entführung von Pawlo Hryb, einem ukrainischen Staatsangehörigen, die auf belarussischem Gebiet durch Angehörige des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB erfolgte (Hryb kam kurz darauf in ein Untersuchungsgefängnis in Russland), warf einen Schatten auf die bilateralen Beziehungen. Die Passivität der belarussischen Stellen bei der Aufklärung und auch die Tatsache selbst, dass ausländische Geheimdienste auf belarussischem Territorium präsent sind, zogen entsprechende Reaktionen Kiews nach sich.

Ein weiterer konfliktträchtiger Zwischenfall war die Festnahme Pawel Scharojkos, eines ukrainischen Journalisten (und ehemaligen offiziellen Mitarbeiters ukrainischer Geheimdienste) durch den belarussischen KGB im Oktober 2017. Es folgte eine öffentliche Anklage wegen Spionage für die Ukraine. Minsk warf der ukrainischen Seite vor, sie habe diesen Vorfall entgegen der üblichen Praxis öffentlich gemacht (kurz zuvor erst hatte die Ukraine einen belarussischen Staatsangehörigen unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen). Der Spionageskandal um Scharojko hatte dann auch für die diplomatischen Vertretungen Konsequenzen: Ende November 2017 verwies die Ukraine einen belarussischen Diplomaten des Landes, nachdem ein Botschaftsrat der Ukraine in Belarus zur Persona non grata erklärt worden war.

Diese beiden für die bilateralen Beziehungen unangenehmen Themen wurden erst 2019 geklärt, nachdem Russland im Zuge eines Gefangenenaustauschs den entführten Ukrainer Pawlo Hryb freigelassen und die Ukraine und Belarus einen Austausch ihrer unter Spionageverdacht stehenden Bürger vorgenommen hatten.

Am 3. Oktober 2019 fand im ukrainischen Schytomyr ein großes Forum der Regionen von Belarus und der Ukraine statt (<https://www.belta.by/economics/view/ii-forum-regionov-belarusi-i-ukrainy-prohodit-v-zhitomire-364313-2019/>), in dessen Rahmen ein offizieller Besuch von Aljaksandr Lukaschenka und sein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj stattfand (<https://www.president.gov.ua/news/pid-golovuvannyam-prezidentiv-ukrayini-ta-bilorusivbulisy-57621>).



Auf Grundlage der Ergebnisse des Forums wurde die Absicht verkündet, gemeinsame Projekte im Bereich der industriellen Zusammenarbeit umzusetzen sowie in drei weiteren wichtigen Bereichen:

1. Zusammenarbeit in der Energiebranche mit dem Ziel, ein belarussisches Atomkraftwerk in Betrieb zu nehmen;
2. Umsetzung eines Projektes zur Wiederaufnahme der Schifffahrt auf dem Dnjepr, vor allem auf dem Abschnitt Schwarzes Meer – Nischnija Scharj / Prypjat;
3. Gemeinsame Arbeit beim Raketenbau. Hier geht es vor allem um eine Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien der beiden Länder. Diese Frage hatte an Aktualität gewonnen, nachdem sich Russland geweigert hatte, taktische Raketen vom Typ »Iskander« an Belarus zu liefern und es allgemein vorzog, von Lieferungen moderner Waffensysteme an Belarus abzusehen.

Am 11. Oktober 2019 rief der belarussische Präsident beim Gipfeltreffen der Regierungs- und Staatschefs der GUS die Teilnehmer dazu auf »das neue Regime in der Ukraine zu unterstützen« (<https://www.belta.by/president/view/lukashenko-na-sammite-sng-prizval-podderzhat-dejstvujuschuju-vlast-v-ukraine-365350-2019/>).

Mitte Oktober 2019 wurde bekannt, dass ein belarussisches Straßenbauunternehmen einen Rekordvertrag über die Renovierung und Modernisierung von Straßen in der Ukraine unterzeichnet hat. Der Vertrag hat ein Volumen von fast 746 Millionen Hrywnja (nach heutigem Kurs ca. 27,66 Mio. Euro). Dieser Umstand unterstreicht die Entwicklung, dass belarussische Straßenbauunternehmen als gewichtige Akteure auf den wachsenden Markt der Straßeninstandsetzung und -modernisierung in der Ukraine drängen.

Insgesamt hat das vom Rat für internationale Beziehungen »Minsker Dialog« durchgeführte Monitoring der Beziehungen zur Ukraine, das eine Quantifizierung der bilateralen Zusammenarbeit vornimmt, verdeutlicht, dass die Kooperation in den vergangenen zwei Jahren an Dynamik gewonnen hat (Siehe: Minsk Barometer: monitoring of foreign policy and regional security; <http://minskdialogue.by/en/research/reports>).

## Schlussfolgerungen

Die Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine sind stabil und sind für beide Länder von strategischer Bedeutung. Belarus hat ein objektives Interesse daran, die Ukraine als einen der größten Absatzmärkte für seine Produkte zu bewahren.

Die neutrale Haltung von Minsk in Bezug auf den ukrainisch-russischen Konflikt und seine Anstrengungen zur Förderung des Verhandlungsprozesses haben es der belarussischen Regierung ermöglicht, in den Beziehungen zum Westen einen Normalisierungsprozess zu

beginnen, eine Aufhebung der Sanktionen zu erreichen und international ein neues Image zu erlangen.

Die Ukraine wiederum ist an einer größtmöglichen Sicherheit seiner Nordgrenze interessiert, an reibungslosen Lieferungen von Produkten der ölverarbeitenden Industrie, an anderen Projekten zur Energiesicherheit und an der Neutralisierung von Versuchen Russlands, im Rahmen der EAWU einschränkende Handelsmaßnahmen gegen die Ukraine einzuführen.

Insgesamt lässt sich in den bilateralen Beziehungen eine Reihe wichtiger Gesetzmäßigkeiten feststellen.

Erstens wirkt sich ein prowestliches Regime in Kiew stets fruchtbar auf die Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine aus. Das ist auf die fehlende Konkurrenz innerhalb der Integrationsprojekte unter der Ägide Russlands zurückzuführen, wie auch auf den Umstand, dass sich die beiden Staaten in verschiedenen Nischen positionieren. Gleichzeitig tritt die ukrainische Führung bei einer solchen Konstellation gewissermaßen als Anwalt von Belarus gegenüber dem Westen auf. Und umgekehrt: Eine prorussische Regierung in der Ukraine bedeutet zunehmende Konkurrenz und politische Spannungen.

Zweitens besteht eine klare Trennung von zwei Ebenen der Zusammenarbeit. Zum einen eine pragmatische, praxisorientierte und dann eine öffentliche und mediale. Die erste Ebene spiegelt die Interessen der beiden Länder bei der Umsetzung konkreter Projekte in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit wider. Hier zeigt sich völlige Übereinstimmung und volles Vertrauen auf höchster politischer Ebene. Die Abkommen und der Verlauf ihrer Umsetzung sind oft vollkommen nichtöffentlicher Natur. Die Presse berichtet kaum darüber, doch ist die Existenz der Abkommen für Experten kein Geheimnis. Die Umsetzung lässt sich in den Berichten der staatlichen Behörden nachvollziehen.

Die zweite Ebene besteht aus einer Reihe von Aktionen und Botschaften, die vorwiegend an das externe Publikum gerichtet sind und häufig von Skandalen und negativen medialen Vorstößen begleitet werden. Diese beiden Ebenen entsprechen sich einander auf paradoxe Weise nur selten und führen zu unangenehmen Exzessen wie etwa bei den Spionageskandalen und der Aufregung aus Anlass des Manövers 2017.

Der Charakter der Beziehungen zwischen Belarus und der Ukraine wird sich nicht ändern, da die wichtigsten Interessen und Richtungen der Zusammenarbeit bereits feststehen und umgesetzt werden. In dem Maße, wie die Beziehungen zwischen Minsk und Russland schwieriger werden und eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen erfolgt, wird für die belarussische Führung der Vektor Ukraine immer wichtiger werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist ein Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Industrie, Verkehr und Militär zu erwarten.

Unter den externen Faktoren, die diese Prozesse beeinflussen, ist Russland zu nennen, das an einer solchen Annäherung zwischen Kiew und Minsk kein Interesse hat, und dem vor allem medial entgegenwirken wird.

*Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder*

*Über den Autor:*

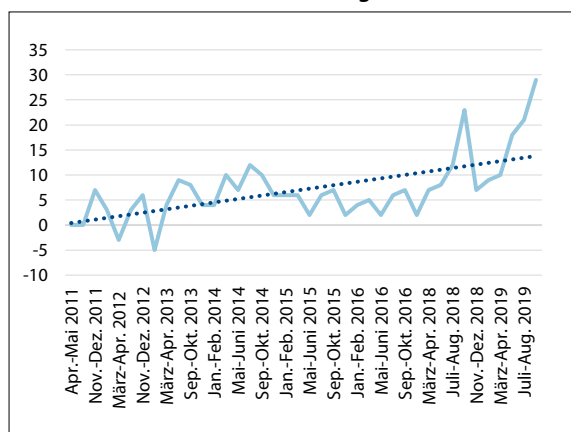
Dzianis Melyantsou ist Koordinator des Programms »Belarussische Außenpolitik« des Rates für internationale Beziehungen »Minsker Dialog«. Er war von 2007 bis 2017 als Analytiker am »Belarussischen Institut für Strategische Studien« tätig und hat von 2006 bis 2009 an der Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität unterrichtet. Er hat sich in seinen Forschungen auf belarussische Außenpolitik (insbesondere gegenüber der EU und den USA) sowie auf internationale und europäische Sicherheitsfragen konzentriert.

Der Text erschien zuerst in den Belarus-Analysen Nr. 47. wir danken dem Autor und der Redaktion der Belarus-Analysen für die Erlaubnis zum Nachdruck.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

### Index der Beziehungen von Belarus mit der Ukraine

**Grafik 1: Index der Beziehungen von Belarus mit der Ukraine\* (2011–2019)**



Jan.-Feb. 2014	4
März-Apr. 2014	10
Mai-Juni 2014	7
Juli-Aug. 2014	12
Sep.-Okt. 2014	10
Nov.-Dez. 2014	6
Jan.-Feb. 2015	6
März-Apr. 2015	6
Mai-Juni 2015	2
Juli-Aug. 2015	6
Sep.-Okt. 2015	7
Nov.-Dez. 2015	2
Jan.-Feb. 2016	4
März-Apr. 2016	5
Mai-Juni 2016	2
Juli-Aug. 2016	6
Sep.-Okt. 2016	7
Jan.-Feb. 2018	2
März-Apr. 2018	7
Mai-Juni 2018	8
Juli-Aug. 2018	12
Sep.-Okt. 2018	23
Nov.-Dez. 2018	7
Jan.-Feb. 2019	9
März-Apr. 2019	10
Mai-Juni 2019	18
Juli-Aug. 2019	21
Sep.-Okt. 2019	29

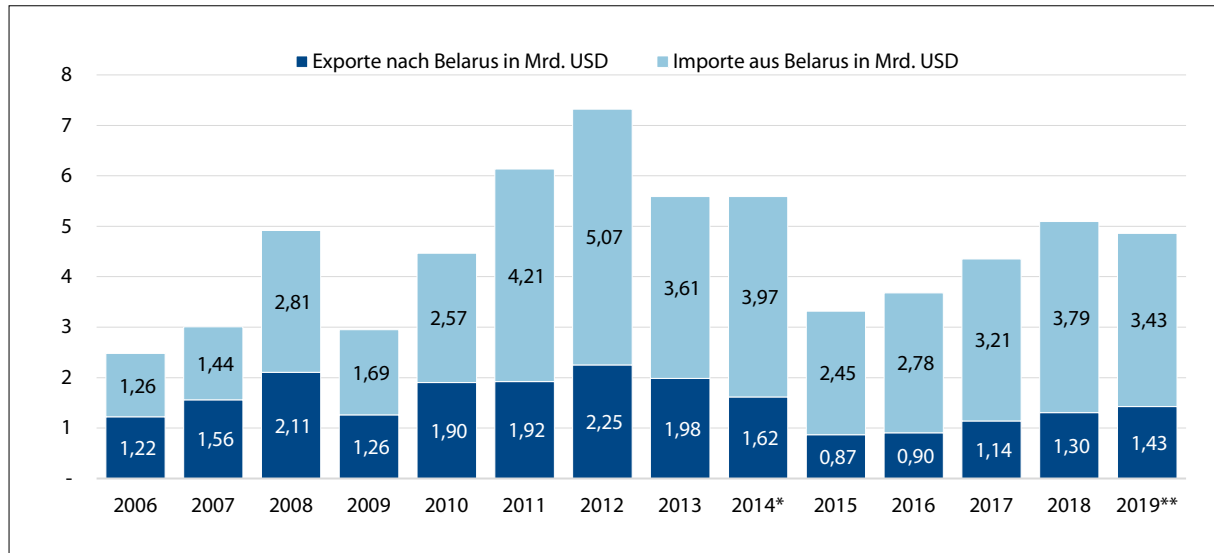
Apr.-Mai 2011	0
Juni-Aug. 2011	0
Nov.-Dez. 2011	7
Jan.-Feb. 2012	3
März-Apr. 2012	-3
Mai-Juni 2012	3
Nov.-Dez. 2012	6
Jan.-Feb. 2013	-5
März-Apr. 2013	4
Mai-Juni 2013	9
Sep.-Okt. 2013	8
Nov.-Dez. 2013	4

\* Je höher der Wert, desto positiver die Dynamik der beidseitigen Beziehungen

Quelle: Daten des Belarus Foreign Policy Index (BFISS) und des Minsk Barometers (Minsk Dialogue), <https://belinstitute.com/en/analyticcomments/belarus-foreignpolicy-index>, <http://minkdialogue.by/programs/vneshniaia-politika-belarusi>

## Außenhandel mit Belarus 2006–2019

Grafik 1: Außenhandel mit Belarus 2006–2019

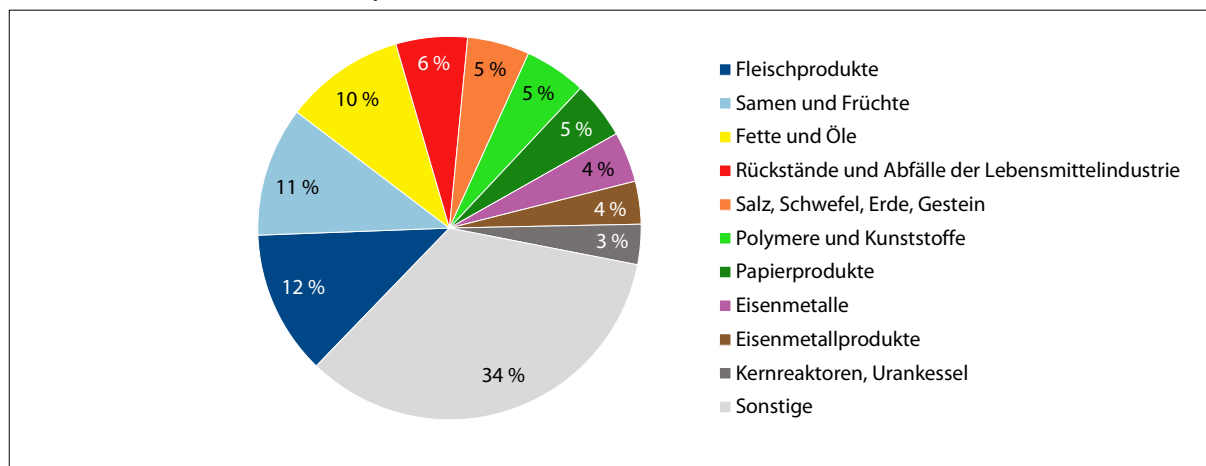


	Exporte nach Belarus		Importe aus Belarus		Bilanz	Gesamthandelsvolumen in Mrd. USD
	in Mrd USD	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. USD	in % ggü. Vorjahr		
2006	1,22	137,2	1,26	133,6	- 0,03	2,48
2007	1,56	127,7	1,44	115,1	0,12	3,01
2008	2,11	134,8	2,81	194,4	- 0,70	4,92
2009	1,26	59,8	1,69	60,3	- 0,43	2,95
2010	1,90	150,9	2,57	151,7	- 0,67	4,47
2011	1,92	101,2	4,21	164	- 2,29	6,13
2012	2,25	117,1	5,07	120,3	- 2,82	7,32
2013	1,98	88,1	3,61	71,1	- 1,62	5,59
2014*	1,62	83,3	3,97	110,7	- 2,35	5,59
2015	0,87	53,8	2,45	61,7	- 1,58	3,32
2016	0,90	103,7	2,78	113,4	- 1,87	3,68
2017	1,14	126,5	3,21	115,4	- 2,06	4,35
2018	1,30	114,1	3,79	118,1	- 2,48	5,09
2019**	1,43	119,8	3,43	96,4	- 2,01	4,86

\* Ab 2014 sind die Autonome Republik Krim, die Stadt Sewastopol sowie ein Teil der besetzten Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk von der Statistik ausgeschlossen.

\*\* Die Zahlen für 2019 beziehen sich auf den Zeitraum von Januar – November.

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <https://ukrstat.org/>.

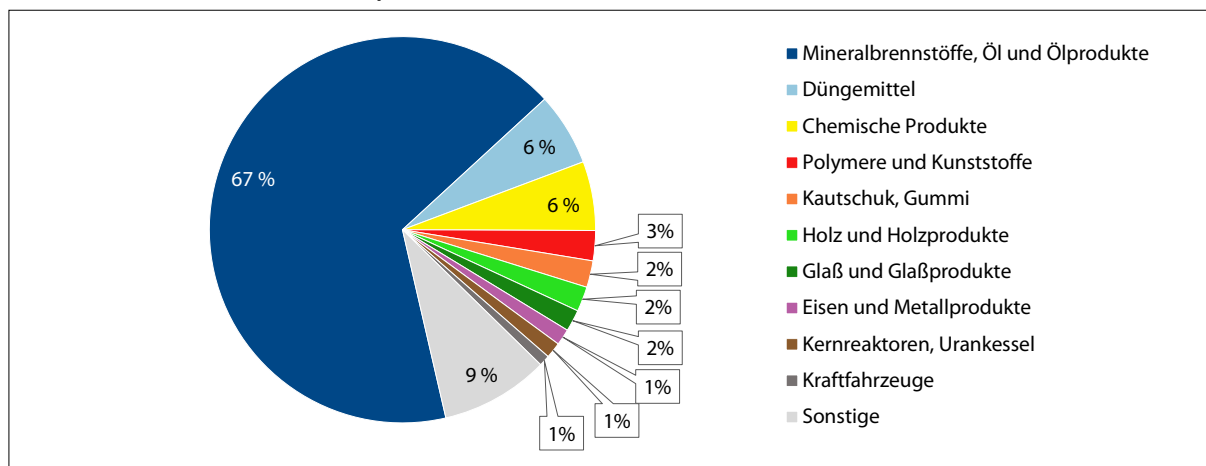
**Grafik 2: Warenstruktur der Exporte nach Belarus (2018)**

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <https://ukrstat.org/>.

**Tabelle 1: Warenstruktur der Exporte nach Belarus (2018, in Tsd. US-Dollar)**

Fleischprodukte	155.332,5
Samen und Früchte	139.363,9
Fette und Öle	129.381,2
Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie	76.859,5
Salz, Schwefel, Erde, Gestein	66.894,1
Polymere und Kunststoffe	66.542,7
Papierprodukte	61.492,0
Eisenmetalle	54.225,3
Eisenmetallprodukte	46.046,3
Kernreaktoren, Urankessel	43.244,2
Sonstige	435.332,7

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <https://ukrstat.org/>.

**Grafik 3: Warenstruktur der Importe aus Belarus (2018)**

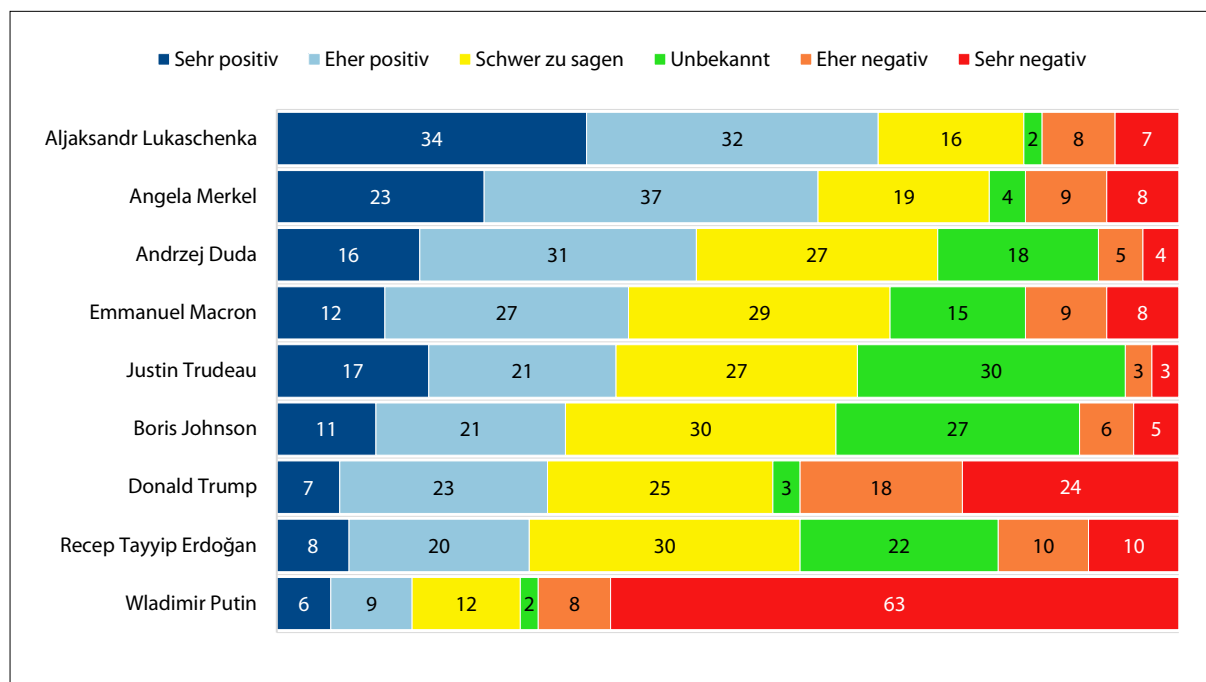
Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <https://ukrstat.org/>.

**Tabelle 2: Warenstruktur der Importe aus Belarus (2018, in Tsd. US-Dollar)**

Mineralbrennstoffe, Öl und Ölprodukte	2.529.292,0
Düngemittel	231.101,2
Chemische Produkte	218.991,6
Polymere und Kunststoffe	95.466,8
Kautschuk, Gummi	84.459,4
Holz und Holzprodukte	78.994,7
Glas und Glasprodukte	68.563,2
Eisen und Metallprodukte	51.538,9
Kernreaktoren, Urankessel	50.402,4
Kraftfahrzeuge	34.554,3
Sonstige	343.564,6

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <https://ukrstat.org/>.

## Einstellung der Ukrainer gegenüber internationalen Staatschefs

**Grafik 1: Einstellung der Ukrainer gegenüber internationalen Staatschefs  
Wie stehen Sie zu ...**

Quelle: Rating Group, 11.11.2019, [http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/dinamika\\_otnosheniya\\_ukraincev\\_k\\_mirovym\\_lideram.html](http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/dinamika_otnosheniya_ukraincev_k_mirovym_lideram.html).



## 25. Januar – 7. Februar 2020

26.01.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj nimmt am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust in Auschwitz teil und spricht vor ehemaligen Lagerinsassen, die die Shoah überlebt haben: »Heute sind wir voller Schmerz und Trauer für Millionen von Holocaust-Opfern. Es ist eine schreckliche Tragödie für das jüdische Volk und eine tragische Lektion für die gesamte Menschheit«, so Selenskyj, der selbst jüdischer Abstammung ist.
28.01.2020	Die ukrainische Regierung senkt den Gaspreis für die Bevölkerung zum 1. Februar um ca. 15 Prozent. Der staatliche Energiekonzern Naftohas muss sein Gas an die ukrainischen Endverbraucher von da an zum gleichen Preis verkaufen, zu dem es am niederländischen Gashandelspunkt TTF (Title Transfer Facility) gekauft wird.
28.01.2020	Auf einer Sitzung des Assoziationsrates in Brüssel einigen sich die Ukraine und die EU auf »die Unumkehrbarkeit der Reformen im Bankensektor, insbesondere in Bezug auf die Verstaatlichung der »PrivatBank«, wie es in einer gemeinsamen Presseerklärung heißt. Außerdem sollen die Verantwortlichen für den milliardenschweren Betrug bei der »PrivatBank« vor Gericht gebracht und die Vermögenswerte zurückgeholt werden. Das bezieht sich in erster Linie auf die ehemaligen Eigentümer der Bank, die Oligarchen Ihor Kolomojskyj und Hennadyj Boholjubow, die vor der Verstaatlichung der Bank 2016 mehr als 5,5 Milliarden US-Dollar abgeschöpft haben sollen.
29.01.2020	Vertreter der Vereinten Nationen geben in Kiew bekannt, 158 Millionen US-Dollar Hilfsgelder einwerben zu wollen, um etwa zwei Millionen Einwohner in den Regionen Donezk und Luhansk sowie ukrainische Binnenflüchtlinge zu unterstützen. Das Geld soll in die zivile Infrastruktur auf beiden Seiten der Kontaktlinie fließen, vor allem in die Wasser- und Energieversorgung privater Haushalte sowie in medizinische und psychologische Hilfe.
29.01.2020	Laut der ukrainischen Statistikbehörde »Ukrstat« lagen die Durchschnittslöhne im Dezember 2019 bei 12.264 Hrywnja, umgerechnet ca. 460 Euro. Damit sind die Löhne im Vergleich zum Dezember 2018 um 16 Prozent gestiegen. In Kiew, wo landesweit die höchsten Gehälter gezahlt werden, lag das Durchschnittsgehalt bei 18.869 Hrywnja, umgerechnet ca. 700 Euro.
30.01.2020	In Lwiw setzt ein maskierter Mann gegen Mitternacht das Auto der Journalistin Halyna Tereschtschuk in Brand. Die für Radio Free Europe/Radio Liberty tätige Journalistin vermutet einen Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit. 2019 registrierten die ukrainischen Behörden insgesamt 75 Fälle von Gewalt gegen Journalisten.
30.01.2020	Die Nationalbank der Ukraine (NBU) senkt den Leitzins um 2,5 auf 11 Prozent. Das ist der niedrigste Zinssatz seit 2014, als das Land infolge der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine in eine schwere Wirtschaftskrise geriet und den Leitzins bis auf 30 Prozent anhub. Bis Ende 2020 plant die NBU den Leitzins auf 7 Prozent zu senken.
31.01.2020	Der amerikanische Außenminister Mike Pompeo besucht Kiew und spricht der Ukraine die Unterstützung der USA aus. Das Treffen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj wurde mit großem Interesse erwartet, da die bilateralen Beziehungen seit dem Impeachment-Verfahren gegen US-Präsident Donald Trump, ausgelöst durch die sog. »Ukraine-Affäre« im Sommer 2019, als angespannt gelten. Im Zentrum der Gespräche zwischen Pompeo und Selenskyj stehen die bilateralen Handelsbeziehungen, der Fortschritt der ukrainischen Reformen sowie die Infrastrukturentwicklung.
03.02.2020	Beim ukrainisch-türkischen Wirtschaftsforum in Kiew treffen der ukrainische und der türkische Präsident, Wolodymyr Selenskyj und Recep Tayyip Erdoğan, aufeinander und vereinbaren, die wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren und gemeinsame Projekte im militärischen Sektor zu entwickeln. Bis Ende des Jahres soll ein Freihandelsabkommen unterzeichnet werden, das laut Selenskyj das Volumen des bilateralen Handels auf bis zu 10 Mrd. US-Dollar verdoppeln könne. Selenskyj äußert zudem Interesse an Gaslieferungen aus der Türkei, die zur Diversifizierung der ukrainischen Gasimporte beitragen sollen.

04.02.2020	In den USA endet das Impeachment-Verfahren gegen US-Präsident Donald Trump mit einem Freispruch. Die für eine Amtsenthebung benötigte Zweidrittelmehrheit wird klar verfehlt. Der US-Präsident wurde von den Demokraten beschuldigt, 2019 Militärhilfen für die Ukraine zurückgehalten und damit Wolodymyr Selenskyj unter Druck gesetzt zu haben, damit dieser Ermittlungen gegen den Sohn von Trumps Rivalen Joe Biden einleitet.
04.02.2020	2019 exportierte die Ukraine laut dem Ukrainischen Agrarbusiness Klub landwirtschaftliche Güter im Wert von 22,2 Milliarden US-Dollar, 19 Prozent mehr, als im Vorjahr. Agrarprodukte machten 44 Prozent der Gesamtausfuhren der Ukraine aus, fünf Prozent mehr, als 2018.
04.02.2020	Dem Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Landwirtschaft zufolge wuchs die ukrainische Wirtschaft 2019 um 3,3 Prozent, was gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang um 0,1 Prozent darstellt. Lag das Wachstum im zweiten und dritten Quartal noch bei 4,7 bzw. 4,1 Prozent, fiel es im vierten Quartal auf 2,1 Prozent. Für 2020 rechnet die Regierung mit einem Wachstum von 3,7 Prozent, während die Nationalbank von 3,5 Prozent ausgeht und der Internationale Währungsfonds (IWF) von 3,0 Prozent.
04.02.2020	Die Ministerin für regionale Entwicklung, Aljona Babak, die bereits am 16. Januar ihr Rücktrittsgesuch eingereicht hatte, wird vom Parlament offiziell entlassen. Sie gehe zwar aus freiem Willen, so Babak während ihrer Rücktrittsrede, deutet jedoch gleichzeitig an, dass sie diese Entscheidung aufgrund der – nicht näher spezifizierten – »Baumafia« getroffen habe. Ihr Nachfolger wird Denys Schymhal. Schymhal war seit 2019 Gouverneur der Oblast Iwano-Frankiwsk und leitete zuvor ein Kraftwerk des DTEK-Konzerns des Oligarchen Rinat Achmetow in der Westukraine.
05.02.2020	In Kiew unterzeichnen die Deutsche Bahn und die staatliche ukrainische Eisenbahngesellschaft Ukrsalisnyzja ein Memorandum, das eine enge Zusammenarbeit in den nächsten Jahren vorsieht. Ab dem 1. Januar 2021 soll die Bahn-Tochter »DB Engineering & Consulting GmbH« eine Beratungs- und Managementfunktion bei Ukrsalisnyzja ausüben, um in der Ukraine ein europäisches Eisenbahnverkehrsmodell zu etablieren. »Die Deutsche Bahn wird Unterstützung bei der Verwaltung des Güterverkehrs, der Personenbeförderung, der Infrastruktur, der Bereitstellung von Dienstleistungen und der Instandhaltung leisten«, so Premierminister Olexij Hontscharuk. Bis Mai soll dazu eine gemeinsame Roadmap ausgearbeitet werden.
05.02.2020	Wladimir Paschkow, bis 2014 Vizegouverneur der Region Irkutsk in Russland, wird neuer geschäftsführender Regierungschef der »Donezker Volksrepublik« in der Ostukraine. Der Kreml spricht von einer privaten Entscheidung und dementiert eine offizielle Entsendung aus Moskau. Medienberichten zufolge soll Paschkow die Firma »Wneschtorgserwis« leiten, die seit deren faktischen Enteignung die größten Betriebe in den zwei »Volksrepubliken« in der Ostukraine kontrolliert.
06.02.2020	Präsident Wolodymyr Selenskyj und Premierminister Olexij Hontscharuk verkünden den Start der neuen Smartphone-App »Dija« (»Aktion«), die zukünftig zahlreiche staatliche Servicedienstleistungen vereinfachen und digitalisieren soll. Zum Start umfasst »Dija« einen digitalen Führerschein und digitale KFZ-Zulassungsunterlagen und kann als Ticket für nationale Flüge und Zugfahrten benutzt werden. Bereits im Januar ging »E-Mialatko« (»E-Baby«) als Teil von »Dija« online und ermöglicht Eltern neugeborener Kinder ein Dutzend verschiedener Dienstleistungen rund um das Thema Geburt/Kind. In diesem Jahr sollen digitale Studierenden- und Personalausweise auf »Dija« folgen. Der »Staat im Smartphone« ist ein zentrales Anliegen von Präsident Selenskyj und soll bürokratische Prozeduren vereinfachen und Behördengänge weitgehend überflüssig machen. Hontscharuk verspricht, bis 2024 alle öffentlichen Dienstleistungen zu digitalisieren.
06.02.2020	Der Ukrainische Sicherheitsdienst SBU durchsucht die Räume des TV-Senders »1+1«, der dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj gehört. Die Durchsuchung findet in Zusammenhang mit den im Januar aufgetauchten Tonbandaufnahmen statt, in denen Premierminister Olexij Hontscharuk Präsident Wolodymyr Selenskyj ökonomische Kompetenzen abspricht. Infolge der Veröffentlichung bot Hontscharuk seinen Rücktritt an, was Selenskyj ablehnte. Stattdessen forderte der Präsident Ermittlungen und Konsequenzen gegen die Verantwortlichen des Leaks.

06.02.2020	Bei einer Parlamentsdebatte zur umstrittenen Bodenreform kommt es zu Handgreiflichkeiten zwischen Abgeordneten der Präsidentenpartei »Diener des Volkes« und der Oppositionspartei »Vaterland«. Präsident Wolodymyr Selenskyj plant eine umfassende Bodenreform, die es zukünftig ermöglichen soll, landwirtschaftliche Flächen zu verkaufen, was bisher verboten ist. Teile der Opposition sind dagegen und versuchten, die Abstimmung zu verhindern, woraufhin es zu einem Handgemenge von rund einem Dutzend Abgeordneten kam.
------------	---

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

#### Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)  
 Chronik: Dr. Eduard Klein  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

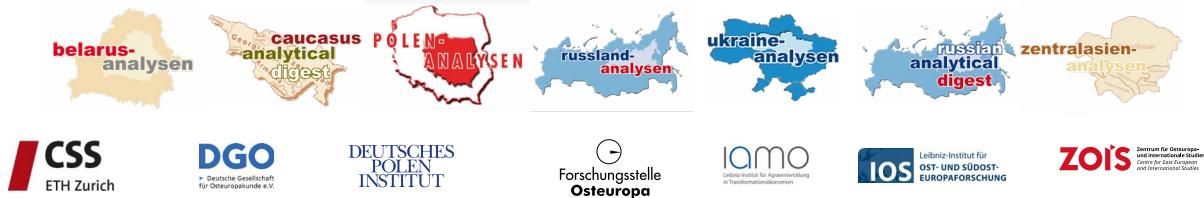
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
 e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>